



Wir sind Frauen, Lesben, inter, nonbinäre, trans und agender Personen, mit oder ohne Partner\*in, mit oder ohne Kinder; wir sind gesund oder krank, leben mit und ohne physische und psychische Beeinträchtigungen, wir sind jung, erwachsen, alt; wir sind in der Schweiz oder in einem anderen Land geboren und aufgewachsen, wir sind Teil unterschiedlicher Kulturen und haben unterschiedliche Herkünfte; wir sind lohnabhängig, selbstständig erwerbend oder erwerbslos arbeitend.

## **Und wir alle rufen auf zum feministischen Streik am 14. Juni 2023!**

Wir fordern:

### **Mehr Zeit und mehr Geld für Sorge-Arbeit**

Seit den 70er Jahren sagen wir: Sorge-Arbeit ist nicht gratis. Und noch immer leisten wir den Grossteil aller Sorge-Arbeit unbezahlt, schlecht bezahlt und unter miesen Arbeitsbedingungen. Das akzeptieren wir nicht länger.

- Wir fordern den Ausbau und die bessere Finanzierung der öffentlichen Sorge-Infrastruktur, wie Kinderbetreuung, Pflege in Spitälern, in der Spitex oder in Alters- und Pflegeheimen, aber auch Quartier- und Soziale Arbeit. Wir brauchen eine engmaschige und flexible Grundversorgung, die allen kostenlos zugänglich ist. Weder bei der Qualität noch bei den Arbeitsbedingungen dürfen dabei Abstriche gemacht werden, im Gegenteil.
- Wir wollen mehr Lohn, mehr personelle und zeitliche Ressourcen und mehr Respekt für Sorge-Arbeit: Die Arbeitsbedingungen in der Betreuung, Pflege, Bildung, Sozialen Arbeit und in der Verpflegungs- und Reinigungsbranche müssen sich massiv verbessern. Die Sorge-Arbeitenden sind Expert\*innen für ihre Arbeit: Sie müssen selbst über ihre Arbeitsbedingungen und Möglichkeiten zur Verbesserung bestimmen können.
- Wir brauchen einen angemessenen Mutterschutz, der die spezifischen Bedürfnisse von Schwangeren, Gebärenden und Stillenden ernst nimmt. Und wir fordern eine angemessene Elternzeit - im Minimum ein Jahr pro Elternteil.
- Wir verlangen, dass die Auslagerung von Sorge-Arbeit nicht zu weiteren Ausbeutungsverhältnissen führt. Wir fordern anständige Löhne und Arbeitsbedingungen sowie gesetzlichen Schutz für Sorge-Migrant\*innen mit dem Recht auf Familiennachzug. Wir wollen echten Zugang zum Rechtssystem, ohne die Angst, ausgewiesen zu werden. Wir fordern, dass unser Status reguliert wird und unsere Diplome anerkannt werden. Und wir fordern eine Gesetzgebung, welche uns gegen die vielfachen Diskriminierungsformen schützt, die wir als Frauen, als Migrant\*innen und als Arbeiter\*innen erfahren.
- Wir wollen eine Reduktion der Normalarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich - mit der Möglichkeit die Arbeitstage zu verkürzen, statt nur die Arbeitswoche. Denn fast nirgends in Europa wird so viel Erwerbsarbeit geleistet wie in der Schweiz.

### **Einkommenslücken schliessen**

Wir fordern Lohn und Anerkennung für all unsere Arbeit sowie Renten und Sozialversicherungen, welche unsere Existenz sichern und ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglichen.

- Die Einkommenslücke von 43 Prozent muss weg! Wir wollen Subventionen für unbezahlte Haus und Sorgearbeit in der Familie und im sozialen Umfeld:
  - Wir fordern den Umbau des Sozialversicherungssystems: Unbezahlte Arbeit muss versicherungsrelevant für jegliche Sozialversicherung werden.
  - Wir wollen entschädigt werden für die Betreuung und Pflege von Menschen, die darauf angewiesen sind: Kinder, kranke und alte Menschen sowie Menschen, die mit Behinderungen und Beeinträchtigungen leben.
- Die Rentenlücke von 35 Prozent muss weg! Wir wollen existenzsichernde AHV-Renten. Das System der beruflichen Vorsorge, von dem nur wenige profitieren, hat ausgedient: Unsere Lohnprozente gehören in die AHV, nicht in die BVG.

## **Selbstbestimmung und Integrität**

Unsere Körper gehören uns: Wir bestimmen frei über unsere Sexualität, unsere Liebe, über unsere Beziehungskonzepte, unsere Identitäten, über unsere Körper und Reproduktion.

- Das Recht auf Abtreibung muss in der Bundesverfassung verankert werden.
- Wir lieben, wen wir wollen und wie wir wollen: Wir brauchen rechtliche Grundlagen für verschiedene Beziehungs- und Familienmodelle als Alternative zur Institution Ehe.
- Wir fordern Aufklärung, Wahlfreiheit und Selbstbestimmung bezüglich sexueller und geschlechtsspezifischer Gesundheit, Lust und Inanspruchnahme geschlechtsangleichender und reproduktionsmedizinischer Eingriffe, Behandlungen und Hilfsmittel.
- Wir fordern eine vollumfängliche Kostenübernahme für diese Leistungen und eine einheitliche öffentliche Krankenkasse, die nach dem Prinzip der Umverteilung des Reichtums finanziert wird und einen kostenlosen und bedingungslosen Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung für alle gewährleistet.

## **Das Ende geschlechtsspezifischer Gewalt**

Tagtäglich erleben wir Gewalt, weil wir Frauen sind, nicht den binären Vorstellungen entsprechen, nicht cis sind, weil wir nicht heterosexuell sind, nicht weiss sind, weil wir keine Papiere oder keinen sicheren Aufenthaltsstatus haben. Es ist in der Verantwortung der Gesellschaft, dieser Gewalt in all ihren Facetten entschlossen entgegenzutreten.

- Die Istanbul-Konvention muss umgehend und umfassend umgesetzt werden.
- Wir fordern Prävention und systematische Massnahmen zur Bekämpfung von sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt. Das Konsensprinzip muss gesellschaftlich verankert werden.
- Wir brauchen Schutz: Frauen- und Mädchenhäuser, Notschlafstellen und Nottelphone müssen besser oder überhaupt finanziert werden.
- Sämtliche in strafrechtliche Fälle involvierte Berufsgruppen müssen bezüglich geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt sensibilisiert und ausgebildet werden: wie Medizinisches Personal, Polizei, Sozialarbeiter\*innen, Rechtsanwält\*innen, Richter\*innen. Dies gilt aber auch für jegliche Institutionen und Arbeitgebende.
- Die Bagatellisierung sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt ist systemtragend und traumatisierend: Sie muss aufhören.
- Geschlechtsspezifische und sexualisierte Gewalt sind als Fluchtgründe vollumfänglich anzuerkennen.

## **Eine ökologisch und sozial nachhaltige Zukunft**

Wir fordern Klimagerechtigkeit - solidarisch mit den Menschen in den stark betroffenen Gebieten aber auch für unsere Kinder und die Generationen nach uns.

Politik und Wirtschaft müssen endlich Verantwortung übernehmen und entsprechend handeln.

- Keine Klimagerechtigkeit ohne soziale Gerechtigkeit: Wir fordern eine Debatte über den Umbau unseres Wirtschaftssystems, von dem nur eine Minderheit profitiert, während die Mehrheit der Weltbevölkerung ausgebeutet wird und in Armut lebt.
- Wir fordern sofortige und konsequente Investitionen in nachhaltige Technologien sowie ein Investitionsverbot in fossile Energien.
- Wir fordern die Finanzierung und Erarbeitung von ganzheitlichen ökonomischen und gesellschaftspolitischen Konzepten und Transformationsprozessen für eine Zukunft innerhalb der planetaren Grenzen - in internationaler Zusammenarbeit.